Presse



Nr. 25/14 vom 09.10.2025

"Arbeitskreis Zukunftsenergien"

Das Wasserstoffbeschleunigungsgesetz – theoretischer Turbo oder echte Beschleunigung?

Berlin, 8. Oktober 2025 – Das Wasserstoffbeschleunigungsgesetz (WasserstoffBG) gilt als eines der zentralen Vorhaben, um die Energiewende zu beschleunigen. Ziel des Gesetzes ist es, den Hochlauf Wasserstoffwirtschaft der durch vereinfachte und verkürzte Planungs-Genehmigungsverfahren deutlich voranzubringen. Der vom Bundeskabinett am 1. Oktober beschlossene Entwurf sieht vor, dass Wasserstoff-Infrastrukturprojekte wie Erzeugungsanlagen, Speicher und Leitungen als "überragendes öffentliches Interesse" eingestuft werden, wodurch ihre Zulassung künftig priorisiert behandelt werden soll. Vor diesem Hintergrund diskutierte das Forum Zukunftsenergien Oktober 2025 im Rahmen "Zukunftsenergien" gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik über die Herausforderungen des Wasserstoffhochlaufs und die Chancen, die sich aus dem neuen Gesetz ergeben.

Dr. Axel Bree, Leiter der Unterabteilung IIB im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, stellte das im Kabinett beschlossene Wasserstoffbeschleunigungsgesetz vor. Das Energiewende-Monitoring des Ministeriums gehe von einem hohen Wasserstoffbedarf aus, weshalb das Gesetz als erster zentraler Baustein an der Infrastruktur ansetze. Es solle ein Turbo für schnellere und effizientere Verfahren sein und die gesamte Wasserstoff-Lieferkette von der Erzeugung über den Import bis zum Transport und der Speicherung adressieren. Ziel sei unter anderem, Kostenunterschiede zwischen den verschiedenen Wasserstoffarten zu verringern. Das Gesetz enthalte zwar keine Genehmigungsfunktion, beinhalte jedoch Beschleunigungselemente wie verkürzte Fristen, reduzierte Prüfverfahren, digitale Abläufe und die Einstufung des Wasserstoffausbaus als überragendes öffentliches Interesse.

Dipl.-Ing. Adrian Willig, Direktor des VDI Verein Deutscher Ingenieure e. V., forderte eine langfristige Vision der Energiewende klaren Zielbildern und konkreten mit Transformationspfaden. Wasserstoff sei dabei ein zentraler Bestandteil, da die Energiewende weltweit molekulare Energieträger gelingen könne. Wasserstoffbeschleunigungsgesetz bezeichnete Willig als wichtigen Hebel, um den Hochlauf zu fördern, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie zu stärken und langfristigen Erfolg zu sichern. Allerdings handele es sich nur um einen Baustein, dem weitere Maßnahmen folgen müssten. Willig verwies zudem auf das bestehende Henne-Ei-Problem der Wasserstoffwirtschaft, da Produktion, Infrastruktur und Nachfrage wechselseitig voneinander abhingen. Unsichere Rahmenbedingungen, hohe Risiken und technische Hürden erschwerten den Markthochlauf. Daher müssten Mengen- und Erlösrisiken adressiert, Angebot und Nachfrage gleichzeitig gestärkt und Planungssicherheit über 2030 hinaus geschaffen werden. Grundvoraussetzung für den erfolgreichen Hochlauf sei schließlich der massive Ausbau der Erneuerbaren Energien, damit elektrolytisch erzeugter Wasserstoff langfristig in das Energiesystem integriert werden könne.

Prof. Dr.-Ing. Michael Sterner, Professor für Energiespeicher, Energiewirtschaft, Wasserstoff und Erneuerbare Energien an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg sowie Mitglied des Wasserstoffrates der Bundesregierung, betonte, dass der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft nur durch gezielte Maßnahmenpakete gelingen könne. Aus dem VDI-Zukunftsdialog Wasserstoff seien zwei komplementäre Pakete hervorgegangen, eines zur Förderung der Erzeugung von grünem Wasserstoff, unter anderem durch Differenzkostenförderung, und eines zur Stärkung der industriellen Nachfrage, etwa durch Quoten. Beide setzten auf eine pragmatische Umsetzung, da zunächst der Markt etabliert werden müsse, bevor die regulatorischen Leitplanken enger gezogen werden. In Bezug auf kohlenstoffarmen Wasserstoff hob Sterner hervor, dass sowohl die bessere Auslastung von Elektrolyseuren als auch die Nutzung von blauem und türkisem Wasserstoff berücksichtigt werden sollte. Um ein ausgewogenes Marktwachstum zu sichern, seien zusätzliche Maßnahmen zur Stärkung der Elektrolyseproduktion notwendig.

Cara Bien, Referentin für Public & Regulatory Affairs bei der Salzgitter AG, erklärte, dass die Salzgitter AG zwar rund ein Prozent der jährlichen CO₂-Emissionen in Deutschland verursache, zugleich aber einen entscheidenden Beitrag zum Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft leisten könne. Sie betonte, dass der Einsatz von Erdgas bereits möglich, die Nutzung von grünem Wasserstoff jedoch entscheidend für die Produktion von klimafreundlichem Stahl sei. Die Branche sei auf Wasserstoff angewiesen, weshalb eine aktive Industriepolitik die Transformation hin zu einer CO₂-armen Stahlproduktion begleiten müsse. Verfügbarer Wasserstoff zu wettbewerbsfähigen Preisen sei dafür eine zentrale Voraussetzung. Bien unterstrich, dass es einen tragfähigen Business Case für die Wasserstoffwirtschaft brauche. Anschubfinanzierungen und der europäische Emissionshandel könnten den Hochlauf zusätzlich vorantreiben. Ebenso seien Maßnahmen zum Schutz vor unfairem Wettbewerb und billigen Importen notwendig, um die deutsche Industrie erfolgreich zu transformieren.

In der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten Nicklas Kappe, MdB (CDU/CSU), Dr. Axel Bree, Dipl.-Ing. Adrian Willig, Prof. Dr.-Ing. Michael Sterner und Cara Bien unter der Moderation von Ulrike Drachsel, Geschäftsführerin des Forum für Zukunftsenergien.

Im Zentrum der Diskussion standen die gesellschaftliche Akzeptanz sowie die Balance zwischen Wirtschaftlichkeit und Energiewende-Erfolg.

Kappe betonte, dass Akzeptanz geschaffen werden müsse, da der Wandel nur als gemeinschaftliche Aufgabe gelingen könne. Dafür brauche es mehr Hintergrundwissen und eine offene Kommunikation. Gleichzeitig warnte er davor, die Wettbewerbsfähigkeit aus den Augen zu verlieren, Wirtschaftlichkeit und Dekarbonisierung müssten gemeinsam gedacht werden. Entscheidend sei eine konsequente Umsetzung der EU-Richtlinien, bei der auf zusätzliche nationale Auflagen verzichtet wird. Langfristig müssten Nachfragemärkte für grünen Stahl entstehen, vor allem durch bezahlbare Preise. Auch bei Netzanschlüssen seien pragmatische und effiziente Entscheidungen notwendig, um die begrenzten Ressourcen optimal zu nutzen.

Bree plädierte dafür, den Fokus stärker auf den CO₂-Fußabdruck zu richten statt auf die Farbe des Wasserstoffs. Aufgrund europäischer Regelungen sei eine Gleichbehandlung der verschiedenen Wasserstoffarten derzeit nicht möglich, dennoch müsse die Infrastruktur für alle Farben, auch für blauen Wasserstoff, offenstehen. Das Wasserstoffbeschleunigungsgesetz sei dabei ein wichtiges Puzzleteil in einem größeren Maßnahmengefüge, das den Hochlauf insgesamt ermöglichen solle.

Bien hob ebenfalls die Bedeutung von Nachfragemärkten hervor und zeigte sich optimistisch, dass bereits 2027 der erste grüne Stahl geliefert werden könne. Eine gezielte Stärkung der Nachfrage sei jedoch unverzichtbar, um den Hochlauf weiter voranzubringen. Auch der EU-Emissionshandel spiele eine zentrale Rolle für eine konsequente Umsetzung, wobei Bien darauf hinwies, dass eine mögliche Abschwächung des ETS für Planungsunsicherheit sorge.

Sterner unterstrich ebenfalls die Bedeutung gesellschaftlicher Akzeptanz und forderte von der Politik Beständigkeit, Verlässlichkeit und eine faktenbasierte Kommunikation. Wirtschaftlichkeit und Klimaschutz dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden, vielmehr müsse die Politik Wissen und Vertrauen fördern. Zudem verwies Sterner auf die künftige

Bedeutung molekularer Energieträger und die Notwendigkeit internationaler Kooperation. Auch Batteriespeicher seien, insbesondere in Zeiten negativer Strompreise, unverzichtbar.

Insgesamt machte die Diskussion deutlich, wie eng Akzeptanz, Wirtschaftlichkeit und Technologieoffenheit miteinander verknüpft sind und welch zentrale Rolle der Hochlauf von Wasserstoff für das Gelingen der Energiewende spielt.

Wir danken dem VDI Verein Deutscher Ingenieure e. V. für die Unterstützung!

Die Präsentationen stehen in Kürze für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien e.V. auf der <u>Website</u> (Presse/Publikationen) zum Download bereit. Sollten Sie persönlich oder Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine E-Mail an: <u>info@zukunftsenergien.de</u>.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Forum für Zukunftsenergien e.V. Reinhardtstr. 3 10117 Berlin Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0 Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9 www.zukunftsenergien.de X (Twitter) @FfZeV LinkedIn @FfZeV